

Wechsel bei IPPNW

OSTBERLIN. Die „Wende“ hat nunmehr auch die DDR-Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Nuklearkrieges erreicht: Die Mitgliederversammlung lehnte nach längerer Diskussion den Rechenschaftsbericht des bisherigen Vorsitzenden, des Ostberliner Urologen und früheren SED-Funktionärs Professor Dr. Moritz Mebel, ab. Die Organisation nennt sich nunmehr „Ärzte für soziale Verantwortung“ (unter einer solchen Bezeichnung hatte die internationale Organisation ursprünglich in den USA ihren Anfang genommen).

Neuer Vorsitzender der DDR-Sektion ist der Arzt und Molekularbiologe Professor Dr. Jens Reich (54), der früher als Arzt praktizierte, jedoch seit Ende der 60er Jahre am Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften tätig war. Seit Beginn der 80er Jahre gingen Professor Reichs politische Vorstellungen, wie es die Tageszeitung „Neues Deutschland“ ausdrückt, „nicht mehr konform mit offizieller Meinung“. Im Herbst 1989 gehörte Professor Reich zu den Mitbegründern des Neuen Forums. gb

Ungarns Ministerpräsident lobt Partnerschaft

BONN/DÜSSELDORF. Der neugewählte ungarische Ministerpräsident Dr. Jozsef Antall, der am 21. Juni seinen ersten offiziellen Auslandsbesuch in Bonn absolvierte und mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl konferierte, hat bei seiner öffentlichen Ansprache in der ungarischen Botschaft in Bonn die wesentliche Hilfe zweier (west-)deutscher Medizinprofessoren hervorgehoben und diese auch namentlich dankbar erwähnt: die Medizinhistoriker

Prof. Dr. med. Dr. h. c. mult. Heinz Goerke, München, und Prof. Dr. med. Hans Schadewaldt, Düsseldorf. Ministerpräsident Dr. Jozsef Antall war bis zu seiner Wahl zum ungarischen Ministerpräsidenten als Medizinhistoriker und langjähriger Direktor des Semmelweis-Museums in Budapest tätig.

Die Beziehungen zu den beiden deutschen Medizinhistorikern hätten es ermöglicht, so Dr. Antall jetzt, daß er erstmals 1976 ein Visum erhielt und damit westliche europäische Länder besuchen konnte.

In einem Gespräch erinnerte sich Ministerpräsident Dr. Jozsef Antall dankbar an einen Empfang bei NRW-Ministerpräsident Dr. Johannes Rau anlässlich des XXX. Internationalen Kongresses für Geschichte der Medizin in Düsseldorf 1986, der auf wesentliche Initiative von Prof. Schadewaldt zustande kam und der von ihm geleitet wurde. Prof. Schadewaldt, heute Präsident der Akademie der Wissenschaften in Nordrhein-Westfalen, ist seit langen Jahren Ehrenmitglied der ungarischen Gesellschaft für Geschichte der Medizin. HC

Kassenärztlicher Bereitschaftsdienst verliert Blaulicht

BREMEN. Die Bremische Bürgerschaft hat sich kürzlich mit der Frage beschäftigen müssen, wie der ärztliche Notfallbereitschaftsdienst, von der Notfalldienstkommission der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen organisiert, ungehindert von den teilnehmenden Ärzten wahrgenommen werden kann. Anlaß war eine Anfrage der CDU-Fraktion, ob die Entscheidung des Senators für Inneres, die Ausstattung der Notfallarztwagen mit Blaulicht rückgängig zu machen, unverhinderbar gewesen sei.

Die drei im Stadtgebiet im Einsatz befindlichen Wagen waren zunächst mit einem unauffälligen Dachaufsatz „Notfallarzt“ und gelbem Blinklicht ausgestattet gewesen. Nach Abstimmung mit dem Senator für Inneres wurde wegen der immer wieder auftretenden Störungen im Straßenverkehr und zur Erreichung einer ungehinderten Durchfahrt die Genehmigung zur Installation des auch von Feuerwehr und Polizei be-

nutzten Blaulichtes gegeben. Diese Zusage wurde – so argumentierte jetzt der bremische Senator für Inneres, Peter Sakuth, als er die Anfrage beantwortete – im Vorgriff auf eine gesetzliche Änderung der Straßenverkehrszulassung gegeben.

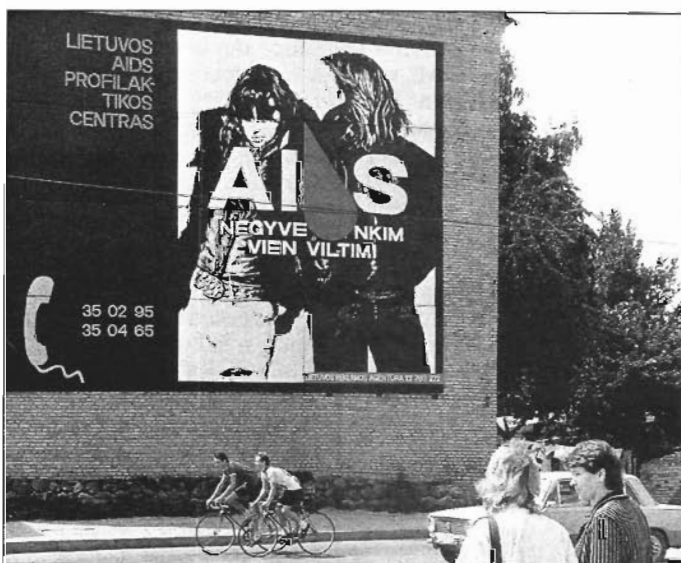
Nachdem die erwartete Neuregelung bislang ausblieb, mußten die Blaulichter mit Signalton jetzt kurzerhand demontiert werden: Zwei Schritte zurück in die falsche Richtung, denn die Verbesserung der Durchfahrsmöglichkeiten im Straßenverkehr wurden jetzt zu Lasten einer guten Patientenversorgung auch außerhalb der üblichen Praxiszeiten wieder zu nichte gemacht. WA

Ausland

Ausländisches Pflegepersonal für Italien

ROM. Italien will die Anstellung von 37 000 Krankenpflegern und -helfern aus der Europäischen Gemeinschaft und aus Nicht-EG-Staaten genehmigen. Durch ein vom italienischen Gesundheitsminister Francesco de Lorenzo unterzeichnetes Dekret können so alleine in der Lombardei 14 000 zusätzliche ausländische Arbeitskräfte helfen, den eklatanten Mangel an Krankenhauspersonal zu lindern. In Übereinstimmung mit der neuen italienischen Ausländergesetzgebung werden die auf zwei Jahre befristeten Arbeitsverträge mit dem ausländischen Pflegepersonal zwar die gleiche Entlohnung vorsehen. Die weiteren Vertragsbedingungen sollen sich jedoch von den im öffentlichen Sektor üblichen Konditionen unterscheiden.

Nach Angaben des italienischen Arbeitsministeriums werden 20 000 Krankenpfleger Ende 1991 pensioniert. Es stehen jedoch nur 10 000 Nachwuchskräfte zur Verfügung. AFP



Diese großen Plakate hängen im Sommer 1990 in der litauischen Hauptstadt Wilna. Die Telefonnummern sind die der Beratungsstellen, welche die litauische Regierung inzwischen eingerichtet hat, nachdem bekannt wurde, daß in Wilna bisher sieben Fälle von AIDS registriert worden sind. Foto: arnw